

Postulat CVP-Fraktion:**«Integrierte Kinder- und Jugendpolitik im Kanton St.Gallen – dringender Handlungsbedarf**

Die Kinder- und Jugendprobleme nehmen im Kanton St.Gallen markant zu:

- Vandalismus;
- Suchtmittelprobleme;
- Sexueller Missbrauch;
- Internetmissbrauch;
- Bewegungsmangel;
- Zunahme der Delinquenz, vor allem im Gewaltbereich;
- problematischer Medienkonsum;
- problematischer Umgang mit Geld;
- unkritischer Umgang mit dem eigenen Körper (z.B. im Bereich der Sexualität – früher Einstieg mit zum Teil Missachtung der Safe-Sex-Regeln);
- belastete und mitunter enttäuschende Ausbildungsperspektiven (Wunschberuf versus Realitätsberuf);
- fehlende Kreativ-/Freizeiträume im Wohnbereich, im Quartier, in der Gemeinde.

Alle diese Themen haben Schnittstellen in verschiedenen Departementen (DI, JPD, GD, ED, BD). Ein erstes positives Zeichen war der Entscheid der Regierung, im Rahmen der Departementsreform die Bereiche Soziales und Gesundheit zusammenzulegen. Eine gute Grundlage ist auch die Dokumentation Kinder- und Jugendschutz im Kanton St.Gallen. Auch das Projekt von DI und VSGP zur Überprüfung der Beratungsstellen ist richtig, wobei mit einem deutlich stärkeren departementsübergreifenden Projektansatz noch gezielter vorgegangen werden könnte. Trotzdem: Eine kohärente Strategie der Regierung zu all diesen Fragen ist nicht erkennbar. Das Gartenhagdenken der verschiedenen Departemente und Stellen in diesem Bereich ist nach wie vor weit verbreitet.

Die Umsetzung weiterer organisatorischer, struktureller und inhaltlicher Massnahmen müssen dringend folgen:

- Formulierung von Leitzielen einer integrierten Kinder- und Jugendpolitik;
- Vernetzung und Straffung der verschiedenen Stellen im Kinder- und Jugendbereich;
- Regeln der Zusammenarbeit zwischen den Organen des Kinder- und Jugendschutzes (z.B. Kindesschutzzentrum oder Opferhilfe), Jugendarbeit, Beratungsstellen, Gerichten (insbesondere Familienrichterinnen und Familienrichter), Jugendanwaltschaften, SPD, KJPD, Vormundschaftsbehörde, Sozialämter sowie der Polizei;
- Stärkung kommunaler Netzwerke: Kirchliche Kreise, Laienhelfer der Kinder- und Jugendhilfe, Elternvereinigungen, Quartiervereine und Sportvereine.

Die im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes tätigen Stellen sind hinsichtlich Ressourcen, Angeboten, Strukturen, Finanzierung und Synergien zu prüfen sowie zur verbindlichen Installation eines «Case-Managements» zu verpflichten. Die entsprechenden Weisungen und Rechtsgrundlagen hinsichtlich Datenschutz müssen so festgelegt werden, dass die institutionenübergreifende Zusammenarbeit wirksam erfolgt.

Die Regierung wird eingeladen, dem Parlament Bericht und Antrag zu unterbreiten damit eine verbindliche und wirkungsvolle integrierte Kinder- und Jugendpolitik im Kanton St.Gallen gewährleistet werden kann.»

29. November 2005